

Parlamentarischer Rat

Stenographischer Bericht

Erste Sitzung

Nr. 1

Bonn, Mittwoch, den 1. September 1948

1. Band

Begrüßungsworte des Alterspräsidenten Schönfelder	1
Konstituierung des Parlamentarischen Rates, Aufruf der Mitglieder	2
Wahl des Präsidiums.	
Dr. Pfeiffer (CSU)	2
Dr. Schmid (SPD)	2
Dr. Heuss (FDP)	2
Antrag Dr. Schmid auf Teilnahme der Vertreter Berlins.	
Dr. Schmid (SPD)	2
Antrag Reimann auf Einstellung der Beratung über eine separate westdeutsche Verfassung.	
Reimann (KPD)	3
Dr. Pfeiffer (CSU)	3
Dr. Adenauer übernimmt das Präsidium	4
Geschäftliches	4
Dankesworte des Abg. Löbe (SPD)	5
Erklärung des Abg. Paul (KPD)	5
Vertagung	6

Die Sitzung wird um 15 Uhr 24 Minuten durch den Alterspräsidenten Schönfelder eröffnet.

ALTERSPRÄSIDENT SCHÖNFELDER: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist mir mitgeteilt worden, daß ich der Älteste der erwählten Ratsmitglieder bin. Außerdem liegt es auch noch schriftlich hier auf dem Tische, ich muß es also wohl glauben. Wenn ich darüber auch nicht froh bin, schon so alt zu sein, so bin ich doch glücklich über die Ehre, die mir dadurch zuteil wird, daß ich als erster für den Parlamentarischen Rat das Wort ergreifen darf.

Meine Damen und Herren! Ich erfülle zunächst eine Pflicht, die mir auch eine große Ehre und Freude ist, indem ich allen Erschienenen für ihr Erscheinen hier herzlich zu danken habe. Ich begrüße in erster Linie die Vertreter der Militärregierungen, deren Vollmachten uns in den Stand gesetzt haben, hier als Parlamentarischer Rat zu tagen.

Ich begrüße weiter hohe Würdenträger der Kirche. Ich begrüße die Vertreter der Regierungen und Verwaltungen. Ich begrüße insbesondere die Herren Ministerpräsidenten, die in monatelangen Verhandlungen die Mittler zwischen dem deutschen Volke und den Militärregierungen gewesen sind und die auch diese Tagung vorbereitet haben.

Ich begrüße dann die Vertreter der Presse und hoffe, daß sie unseren Verhandlungen mit liebevollem Verständnis folgen werden. Und so sei auch allen anderen Gästen, die das Interesse hierher geführt hat, um an diesem für Deutschland bedeutungsvollen Ereignis teilzunehmen, für ihr Erscheinen herzlichst gedankt.

Wenn ich nun meinen Blick auf den Parlamentarischen Rat selbst richte, dann darf ich wohl feststellen, daß diese Körperschaft in ihrer Eigenart kein Beispiel und kein Vorbild in der Geschichte hat. Wir sind weder nach der Art unserer Wahl noch nach der uns gestellten Aufgabe ein Parlament im üblichen Sinne. Wir sind von den Landtagen der Länder gewählt, aber, wie ich meine, nicht als Vertreter der Länder und ihrer Interessen, sondern als Vertreter des ganzen deutschen Volkes, wenigstens des Teiles, der in der Trizone lebt, und wir werden uns bei unserer Arbeit dem ganzen deutschen Volke verantwortlich fühlen.

(Bravo!)

Meine Damen und Herren! Es ist in den Festreden vorhin schon darauf hingewiesen worden, aber ich glaube doch etwas zu versäumen, wenn ich nicht auch im Namen des Parlamentarischen Rates in diesem Augenblick dem Bedauern Ausdruck gebe, daß es uns nicht vergönnt ist, hier in unserem Kreise frei gewählte Vertreter des ganzen deutschen Volkes versammelt zu sehen.

(Zustimmung.)

Aber ich möchte doch die Hoffnung nicht verlieren, daß auch ich trotz meines Alters den Tag noch erlebe, da dieses Ereignis eintritt.

(Bravo!)

In unserem Bekenntnis zur Einheit Deutschlands sind wir in den Westzonen unerschüttert. Wir lassen uns in dem heißen Willen, diese Einheit zu errichten, von niemand übertreffen, und von diesem Willen werden wir uns auch bei unserer Arbeit leiten lassen.

Meine Damen und Herren! Unsere Aufgabe soll es sein, ein Gesetz zu schaffen, in dem uns durch Besatzungsstatut gezogene Grenzen in den Gebieten eine Ordnung für eine Hoheitsverwaltung zu schaffen, die es ermöglicht, deutsches Eigenleben zu entfalten. Ich hoffe ja, daß unsere Arbeit so ausfallen wird, — diese Hoffnung möchte ich gleich am Anfang ausdrücken —, daß sie dem ganzen deutschen Volke einmal zum Segen gereichen wird. Damit möchte ich meine allgemeinen Bemerkungen schließen.

Wenn ich auch vorhin sagte, daß wir kein Parlament im üblichen Sinne sind, so glaube ich doch, daß der Parlamentarische Rat die Absicht hat, seine Arbeit nach alten parlamentarischen Gebräuchen durchzuführen. Daher schlage ich dem Parlamentarischen Rat

Alterspräsident Schönfelder

vor, sich nunmehr zu konstituieren. Um das zu können, bitte ich zunächst zu meiner Unterstützung zwei Herren sich hier nach oben zu bemühen, die mir als Schriftführer zur Seite stehen, und zwar bitte ich Herrn Dr. Kaspar Seibold und Herrn Dr. Friedrich Wolff, hier als Schriftführer Platz nehmen zu wollen. —

Meine Damen und Herren, haben Sie den Wunsch, daß die Anwesenheitsliste verlesen wird?

(Zuruf: Ja!)

Ich glaube, daß es üblich und notwendig ist. Ich bitte dann den Schriftführer Dr. Wolff, die Liste verlesen zu wollen.

Schriftführer Abg. Dr. WOLFF (SPD): Die Drucksache 37 enthält die Liste nach Ländern geordnet.

(Bei dem nun folgenden Namensaufruf antworten die anwesenden Abgeordneten mit: „Hier“.)

Für das Land **Württemberg-Baden**: Herr Dr. Fritz Eberhard, Herr Gustav Zimmermann, Herr Dr. Theodor Heuss, Herr Bürgermeister Theophil Kaufmann, Herr Felix Walter.

Für das Land **Rheinland-Pfalz**: Herr Dr. Adolf Süsterhenn, Herr Dr. Albert Fink, Herr Friedrich Wilhelm Wagner, Herr Karl Kuhn.

Für das Land **Nordrhein-Westfalen**: Herr Dr. Konrad Adenauer, Frau Dr. Helene Weber, Herr Lambert Lensing, Herr Dr. Robert Lehr, Herr Adolf Blomeyer, Herr Josef Schrage, Herr Dr. Walter Menzel, Herr Dr. Löwenthal, Herr Rudolf Heiland, Frau Friederike Nading, der Abg. Wolff bin ich selber, Herr Hermann Runge, Herr Max Reimann, Herr Hugo Paul, Herr Johannes Brockmann, Frau Helene Wessel, Herr Dr. Höpker-Aschoff.

(Zuruf: Verhindert!)

Für das Land **Niedersachsen**: Frau Dr. Elisabeth Selbert, Herr Hans Wunderlich, Herr Heinrich Rönneburg, Herr Ernst Wirsner, Herr Dr. Christoph Seebohm, Herr Wilhelm Heile, Herr Dr. Hermann Schäfer.

Für das Land **Schleswig-Holstein**: Herr Andreas Gayk,

(Zuruf: Nicht da!)

Herr Dr. Rudolf Katz, Herr Carl Schröter, Herr Dr. Hermann von Mangoldt.

Für das Land **Hessen**: Herr Dr. Bergstraßer, Herr August Zinn, Herr Dr. Hoch, Herr Dr. von Brentano, Herr Dr. Walter Strauß, Herr Dr. Max Becker.

Für das Land **Südbaden**: Herr Dr. Hermann Fecht, Herr Friedrich Maier.

Für das Land **Südwürttemberg-Hohenzollern**: Herr Dr. Paul Binder, Herr Dr. Carlo Schmid.

Für **Bremen**: Herr Adolf Ehlers.

Für **Hamburg**: Herr Adolf Schönfelder und Herr Dr. de Chapeaurouge.

Für das Land **Bayern**: Herr Dr. Anton Pfeiffer, Herr Dr. Josef Schwaiber, Herr Dr. Gerhard Kroll, Herr Dr. Wilhelm Laforet, Herr Dr. Ferdinand Kleindienst, Herr Dr. Siegmund Mayr, Herr Dr. Gottfried Schloer, Herr Dr. Kaspar Seibold, Herr Josef Seifried, Herr Jean Stock, Herr Hans Heinz Bauer, Herr Dr. Willibald Muecke, Herr Dr. Thomas Dehler.

ALTERSPRÄSIDENT SCHÖNFELDER: Es fehlen also Herr Höpker-Aschoff und Herr Gayk. Von Herrn Gayk ist mir bekannt, daß er als Oberbürgermeister der Stadt Kiel jetzt die Kieler Woche zu inszenieren hat.

Damit wäre die Anwesenheit festgestellt.

Wir kommen jetzt zur

Wahl eines Präsidenten.

Ich bitte um Vorschläge. — Herr Dr. Pfeiffer!

Abg. Dr. **PFEIFFER** (CSU): Im Namen der Fraktion CDU/CSU schlage ich dem Hohen Haus zur Wahl als Präsidenten des Parlamentarischen Rates den Abg. Dr. Konrad Adenauer vor.

ALTERSPRÄSIDENT SCHÖNFELDER: Werden weitere Vorschläge gemacht? — Herr Abg. Schmid!

Abg. Dr. **SCHMID** (SPD): Als 1. stellvertretenden Vorsitzenden schlage ich namens der sozialdemokratischen Fraktion den Herrn Abg. Schönfelder vor.

ALTERSPRÄSIDENT SCHÖNFELDER: Werden weitere Vorschläge gemacht? — Herr Abg. Heuss!

Abg. Dr. **HEUSS** (FDP): Als 2. Stellvertreter schlage ich den Herrn Abg. Dr. Schäfer vor.

ALTERSPRÄSIDENT SCHÖNFELDER: Ich habe den Eindruck, daß der Parlamentarische Rat diese Wahl vereinfachen und nicht, wie es in dem überreichten provisorischen Schriftsatz, der eine Geschäftsordnung darstellen soll, vorgeschrieben ist, mit verdeckten Stimmzetteln wählen will. Wenn das Verfahren nach den Vorschlägen vereinfacht werden soll, dann könnten wir, so meine ich, geschlossen durch Akklamation abstimmen. Ist das die Meinung des Rates?

(Zustimmung.)

Wenn das der Fall ist, lasse ich durch Akklamation abstimmen. Wer für den Vorschlag ist, der oben laut wurde — ich brauche die Anträge kaum zu wiederholen —, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

(Abg. Reimann: Zwei Stimmen Enthaltung!)

— Zwei Stimmen Enthaltung!

Dann frage ich, ob die Vorbereitungen getroffen sind, auch jetzt schon sämtliche Schriftführer zu wählen? — Das scheint nicht der Fall zu sein.

(Abg. Dr. Schmid: Ich bitte ums Wort!)

Herr Abg. Schmid!

Abg. Dr. **SCHMID** (SPD): Meine Damen und Herren! Ein Parlament, das den Auftrag hat, in dem Teil Deutschlands, in dem das deutsche Volk in wenigstens relativer Freiheit und Selbstbestimmung von dem Rechte Gebrauch machen kann, die Ausübung seiner Hoheitsbefugnisse selbst zu organisieren, wäre unvollständig, wenn darin nicht Berlin vertreten wäre.

Wir haben hier miteinander ein gesamtdeutsches Anliegen zu erfüllen, wenngleich vorläufig auf beschränktem Raum und mit beschränkter sachlicher Reichweite. Darum sollte hier das gesamte deutsche Volk vertreten sein, soweit es die Möglichkeit hat, Vertreter aufzustellen und hierher zu senden. Umstände, die zu ändern außerhalb unseres Vermögens steht, machen es heute noch unmöglich, andere als die hier vertretenen deutschen Länder und Berlin mit vollberechtigten Vertretern an unseren Arbeiten zu beteiligen. Uns aber von den Berlinern wenigstens beraten zu lassen, von diesem Teil des deutschen Volkes, der mehr als irgendein anderer gezeigt hat, daß man für die Freiheit Opfer bringen muß, wenn man sie verdienen will, wird uns niemand verwehren können. Ich bitte Sie daher namens der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, folgendem Antrag Ihre Zustimmung zu geben:

Der Parlamentarische Rat wolle beschließen, die Delegierten Berlins, nämlich die Herren Jakob Kaiser, Paul Löbe, Ernst Reuter, Hans Reif, Otto Suhr einzuladen, an den Arbeiten des Parlamentarischen Rates als Gäste mit beratender Stimme teilzunehmen.

(Bravo! — Abg. Reimann: Ich bitte ums Wort!)

ALTERSPRÄSIDENT SCHÖNFELDER: Herr Abg. Reimann!

Abg. **REIMANN** (KPD): Meine Damen und Herren! Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion und meine Rede stießen tief in die Problematik dieses Parlamentarischen Rates hinein. Der Parlamentarische Rat ist auf Grund der Londoner Empfehlungen zusammengesetzt worden, um einen westdeutschen Staat zu schaffen und diesem westdeutschen Staat eine Verfassung zu geben. Somit wird Deutschland gespalten. Wir sind der Auffassung, daß gerade was die Stadt Berlin anbelangt, wir in der jetzigen Situation äußerste Vorsicht beobachten müssen. Es hat keinen Zweck, wenn wir als Deutsche die sich anbahnenden Verhandlungen der alliierten Großmächte durch einen solchen Akt stören. Die Uneinigkeit der alliierten Großmächte wird letzten Endes auf dem Rücken des deutschen Volkes ausgetragen, und wir haben als Deutsche allen Grund, jedes Moment der Störung zu besichtigen.

(Zuruf: Das haben Sie schon drei Jahre versäumt!)

Ich stelle daher folgenden Antrag:

Der Parlamentarische Rat stellt seine Beratungen über eine separate westdeutsche Verfassung ein.

(Heiterkeit.)

Begründung:

1. Die Bildung des Parlamentarischen Rates erfolgte auf der Grundlage der Londoner Empfehlungen. Diese aber verstoßen gegen die völkerrechtlich bindenden Verträge von Jalta und Potsdam.

(Zurufe und Heiterkeit.)

In diesen Verträgen haben die vier Großmächte die Ausübung der staatsrechtlichen Souveränität in Deutschland mit der Verpflichtung übernommen, für die Errichtung eines einheitlichen demokratischen Deutschlands zu sorgen und dann die Souveränität an das deutsche Volk zurückzugeben. Bis zu diesem Zeitpunkt könnten staatsrechtliche Veränderungen nur durch alle vier Großmächte gemeinsam vorgenommen werden.

2. Der Parlamentarische Rat hat kein Mandat vom deutschen Volk. Er ist sogar gegen den Willen der Mehrheit aller Deutschen errichtet worden.

(Heiterkeit.)

Das deutsche Volk will eine einheitliche demokratische Republik mit einer Verfassung, die von einer durch das ganze deutsche Volk gewählten Nationalversammlung ausgearbeitet und dann dem Volke zur Abstimmung vorgelegt wird.

In Moskau bemühen sich die Vertreter der vier Großmächte, eine gemeinsame Lösung für ganz Deutschland zu finden. Die Einigung der Alliierten liegt im Interesse des deutschen Volkes. Uneinigkeit wird auf dem Rücken des deutschen Volkes, besonders der Werktätigen, ausgetragen. Daher sollten die deutschen Politiker es vermeiden, Handlungen zu begehen, die diese Einigung stören. Die gemeinsamen Verhandlungen der Alliierten über Deutschland werden durch die Schaffung einer separaten Verfassung, die das sogenannte Grundgesetz darstellt, torpediert. Es sollen dadurch fertige Tatsachen geschaffen werden.

Aus diesen Gründen beantragt die Kommunistische Partei Deutschlands, die Beratungen des Parlamentarischen Rates über eine westdeutsche Verfassung wie ebenso über eine westdeutsche Regierung sofort einzustellen. Diesem Parlamentarischen Rat gegenüber schlagen wir vor, daß Verhandlungen aufgenommen werden, daß die Vertreter aller demokratischen deutschen Parteien in Verbindung mit dem

Abg. Dr. **PFEIFFER** (CSU): Hohes Haus! Als heute um die Mittagsstunde der Herr Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion den von ihm vor einigen Minuten vorgelegten und begründeten Antrag in einer interfraktionellen Besprechung vortrug, da stellte sich heraus, daß zur gleichen Stunde, in der seine Fraktion hierüber beraten hatte, diese Frage auch in anderen Fraktionen erörtert worden war. Es wurde dabei mitgeteilt, daß die Fraktion der CDU/CSU zum gleichen Ergebnis gekommen war, einen Antrag in gleicher Richtung formuliert hatte. So hat es sich ergeben, daß nicht nur eine Fraktion dem vorliegenden Antrag zustimmt, sondern daß er eigentlich das gemeinsame Geistesgut sämtlicher Fraktionen dieses Hohen Hauses ist, mit Ausnahme der Fraktion meines unmittelbaren Herrn Vorredners. Ich habe den Auftrag, im Namen der Fraktionen der CDU/CSU, der FDP, des Zentrums und der Deutschen Partei die Zustimmung zu diesem Antrag auszusprechen.

Gestatten Sie mir nun aber darüber hinaus noch eine geschäftsordnungsmäßige Bemerkung, die dahin geht: Der Antrag, den der Herr Vorsitzende der Fraktion der SPD vorhin eingebracht hat und der mit unserer Zustimmung rechnen kann, sollte die Konstituierung des Parlamentarischen Rates abschließen. Wir haben zunächst durch den Namensaufruf festgestellt, wer dem Hohen Haus auf Grund des in den Ländern der Westzonen angenommenen Modellgesetzes und des Auftrags, der im Dokument I vom 1. Juli ds. Js. enthalten ist, angehört. Dann sind wir zur Wahl des Präsidiums geschritten. Wir haben festgestellt, daß die Ergänzung des Präsidiums durch die Wahl der Schriftführer in der nächsten Sitzung stattfinden soll. Und nun war der Augenblick gekommen, wo den anwesenden Gästen, die als Vertreter der Stadt Berlin von den Ministerpräsidenten hierher eingeladen wurden, um einer Eröffnungsfier beizuwohnen, der Wille des Hauses bekundet werden sollte, daß wir sie sehr gern, als die, fast möchte ich sagen, symbolischen Vertreter aller Deutschen, die nicht ihre Vertreter auf Grund der Wahlgesetze zu uns senden können, bei uns sehen, daß sie bei uns weilen und mit uns tagen und beraten sollen.

Damit ist die Konstituierung des Parlamentarischen Rates abgeschlossen. Und nun wäre es an der Zeit, daß die Geschäftsführung an den gewählten Präsidenten dieses Hauses übergeht. Infolgedessen beantrage ich, daß der Antrag, der uns von der kommunistischen Fraktion unterbreitet wurde, dem ordnungsgemäß gewählten Präsidenten zur Behandlung überwiesen wird.

Grundsätzlich habe ich dazu ein paar Worte in der Richtung zu bemerken: Wir sind zum ersten Mal eine Volksvertretung, die immerhin 46 Millionen Menschen vertritt. Wir haben die Aufgabe, ein Grundgesetz zu schaffen, auf dem in dem Teil Deutschlands, der durch den Parlamentarischen Rat vertreten wird, die ganze staatliche, die moralische Ordnung, die ganze Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik aufbauen muß, einen Boden zu legen, der uns gestattet, aus eigener Kraft alles zu tun, was wir für den Wiederaufbau Deutschlands leisten können, und der auch für Deutschland wieder den Weg in die große europäische Völkerfamilie hinein öffnet. In dieser Stunde uns zuzumuten, gewissenlos genug zu sein, diese Möglichkeit, die in unsere Hand, die uns aufs Gewissen gelegt ist, beiseite zu schieben, finde ich geradezu unerhört. Es liegt auf uns die Pflicht, zu tun, was uns möglich ist, um unser Volk im Bereich der drei Westzonen, da wir leider die vierte Zone nicht einschließen können, voranzubringen, zu stärken und ihm die Anfänge eines wirklich rechtlichen, demokratischen staatlichen Lebens zu bauen.

Und noch ein weiteres Wort dazu! Ich glaube, wir

Dr. Pfeiffer

der Erfüllung unserer Pflicht deswegen abzusehen, weil vielleicht im Gefüge der internationalen Politik da und dort ein Stirnrunzeln entstehen könnte, dazu halte ich uns nicht für berechtigt. Ich bin der Meinung: Als Deutsche müssen wir erst recht zeigen, daß wir eine deutsche Arbeit für unser Volk leisten wollen und daß wir nicht schauen nach einem fremden Gängelband oder nach dem Reflex fremder Interessen und fremder internationaler Politik auf unser Volk.

(Abg. Reimann: Zur Geschäftsordnung!)

ALTERSPRÄSIDENT SCHÖNFELDER: Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir dazu ein Wort! Ich bin mit dem Herrn Vorredner der Meinung, daß nach der Entscheidung über den Antrag des Herrn Abg. Dr. Schmid über die Zulassung der Berliner Vertreter die Konstituierung vollzogen ist.

(Abg. Reimann: Zur Geschäftsordnung!)

— Bitte schön! Ich frage den Parlamentarischen Rat,

(Abg. Reimann: Ich bitte ums Wort zur Geschäftsordnung!)

ob er die Debatte fortsetzen will. Ich bitte, über die Anträge — —

(Abg. Reimann: Zur Geschäftsordnung! Ich habe mich vor der Abstimmung zur Geschäftsordnung gemeldet! — Unruhe.)

— Ich gebe Ihnen das Wort zur Geschäftsordnung jetzt nicht.

Abg. REIMANN (KPD) [tritt ans Rednerpult heran]: Zur Geschäftsordnung, Herr Präsident! Wir stehen noch nicht in der Abstimmung.

(Laute Zurufe: Dr. erhört!)

Ich habe mich zum Wort gemeldet, bevor der Herr Präsident in die Abstimmung eintrat.

(Steigende Erregung und Zurufe: Unverschämt!)

Ich werde gegen diese Vergewaltigung ankämpfen. Ich habe mich zum Wort gemeldet, bevor der Präsident in der Abstimmung stand, und ich werde hier sprechen!

(Erregte Zurufe: Schluß damit! Raus!)

Ich stelle zunächst fest, daß der Vorredner sich selbst widersprochen, daß er durch den letzten Teil seiner Ausführungen den ersten Teil und damit sich selbst ad absurdum geführt hat.

(Fortdauernde Unruhe. Viele Abgeordnete erheben sich von den Plätzen.)

Es liegen zwei Anträge vor; über sie muß nach der Geschäftsordnung und parlamentarischem Brauch abgestimmt werden, und zwar über beide Anträge, nicht nur über einen, und in diesem Gang. In diesem Abstimmungsgang wird darüber abgestimmt; und nicht anders.

(Wachsende Erregung im ganzen Hause.)

ALTERSPRÄSIDENT SCHÖNFELDER: Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, die Ruhe zu behalten. Dem Redner kann Genüge geschehen.

Abg. REIMANN (KPD): Verfassungsfragen sind Kampffragen!

ALTERSPRÄSIDENT SCHÖNFELDER: Ich schlage Ihnen vor, daß wir nunmehr ohne weitere Debatte über beide Anträge abstimmen. Der Antrag der Kommunisten ist zweifellos der weitergehende. Herr Abg. Reimann, Sie werden sich über das Schicksal Ihres Antrags wohl im klaren sein.

(Abg. Reimann: Wir wollen nur Ihre Stellungnahme wissen.)

— Gut. Ich bitte Sie aber, die einfachsten parlamentarischen Regeln zu beachten. Wir haben noch keine Geschäftsordnung, und der Parlamentarische Rat ist in jedem Augenblick Herr seiner Entscheidungen.

Ich schlage also vor, nunmehr über beide Anträge abzustimmen und damit die Konstituierung des Parlamentarischen Rates als vollendet anzusehen. Ist jemand anderer Meinung?

(Abg. Reimann: Zuerst wird also über die Anträge abgestimmt?)

— Herr Reimann, Sie haben nicht zugehört. Ich lasse zunächst über den kommunistischen Antrag abstimmen, der der weitergehende ist. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich, die Hand zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Der Antrag der KPD ist mit allen gegen zwei Stimmen abgelehnt.

Ich lasse nunmehr über den Antrag des Herrn Abg. Dr. Schmid abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich, seine Hand zu heben. — Ich danke. Die Gegenprobe! — Gegen zwei Stimmen angenommen.

Damit ist der Parlamentarische Rat konstituiert. Ich bitte nunmehr das gewählte Präsidium, die Geschäfte zu übernehmen.

(Lebhafter Beifall.)

PRÄSIDENT Dr. ADENAUER: Meine Damen und Herren! Ich danke, daß wir nach diesem Intermezzo jetzt schnell zu Ende kommen, damit wir an die praktische Arbeit herangehen können.

Ich danke Ihnen zunächst auch namens meiner beiden Stellvertreter für das Vertrauen, das Sie uns durch Ihre Wahl bekundet haben. Seien Sie überzeugt, daß wir unser Amt völlig unparteiisch und objektiv wahrnehmen werden! — Ich danke dann dem Alterspräsidenten Herrn Schönfelder, der in jugendlicher Frische und Stärke soeben hier seines Amtes gewaltet hat.

Ich danke auch dem Gremlum der Ministerpräsidenten für die Vorarbeiten, die es geleistet hat und die uns sicher bei der Erfüllung unserer Aufgabe sehr wertvoll sein werden. Lassen Sie mich weiter danken dem Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, da das Land Nordrhein-Westfalen die technischen Vorbereitungen dieser unserer Tagung übernommen und in ausgezeichneter Weise durchgeführt hat. Ein besonderes herzliches Willkommen an die Herren aus Berlin! Ich nehme an, daß die Herren jetzt schon hier Platz genommen haben. — Noch nicht? Dann bitte ich, rücken Sie in die Reihen herein. Es sind noch einige Sessel frei.

(Die Vertreter Berlins nehmen unter lebhaften Beifallskundgebungen ihre Sitze ein.)

Meine Damen und Herren! Sie selbst haben ein herzliches Willkommen ausgesprochen. Wir würden uns alle freuen, wenn wir aus den Ländern der Ostzone ebenfalls freigewählte Vertreter hier begrüßen könnten.

Und nun lassen Sie mich einige Worte über **Wirken und Aufgabe des Parlamentarischen Rates** sagen. Er ist ins Leben gerufen durch einen Akt der Militär-Gouverneure der drei Westzonen, durch einen Akt, wie er in dem Dokument niedergelegt ist, das den Ministerpräsidenten der drei Westzonen am 1. Juli dieses Jahres übergeben wurde. Nachdem er aber nunmehr sich konstituiert hat, ist er im Rahmen der ihm gestellten Aufgaben völlig frei und völlig selbständig. Es wird meines Erachtens die vornehmste Pflicht des Rates, aber auch des Präsidenten und seiner Stellvertreter sein, diese völlige Freiheit und Unabhängigkeit ständig zu wahren und sicherzustellen.

Der Parlamentarische Rat beginnt seine Tätigkeit — wir haben es heute morgen bei der Feier im Museum König gehört und wir wissen es ja alle — in einer Zeit der völligen Ungewißheit über Deutschlands Zukunft. Ja, auch die Zukunft Europas und der Welt ist dunkel und unsicher, und Deutschland selbst ist politisch ohnmächtig. Es ist in zwei Teile geteilt. Wir Vertreter des Parlamentarischen Rates hier in diesem Saale — ich möchte das auch gegenüber den Ausführungen des Herrn Kollegen Reimann nachdrücklich unterstreichen — vertreten 46 Millionen Deutsche.

Präsident Dr. Adenauer:

Meine Damen und Herren! Das Dasein des Parlamentarischen Rates selbst ist, wie ich eingangs sagte, zurückzuführen auf einen Entschluß eines Teiles der Siegermächte. Für jeden von uns war es eine schwere Entscheidung, ob er sich bei dem heutigen Zustand Deutschlands, bei der mangelnden Souveränität auch dieses Teiles Deutschlands zur Mitarbeit zur Verfügung stellen dürfe und solle. Ich glaube, verehrte Anwesende, eine richtige Entscheidung auf diese Frage kann man nur dann finden, wenn man sich klar macht, was denn sein würde, welche Folgen für Deutschland und für das deutsche Volk eintreten würden, wenn dieser Rat nicht ins Leben träte. Die drei Mächte, die sich entschlossen haben, diesen Rat ins Leben zu rufen, ließen sich dabei von der Absicht leiten, daß dem politisch völlig auseinandergebrochenen deutschen Volke eine neue politische Struktur gegeben werde, in seinem Interesse, aber auch im Interesse Europas und der gesamten Welt. Das muß auch unser Ziel sein, und darum müssen wir die uns gebotene Möglichkeit nutzen, um den jetzigen unmöglichen politischen Zuständen in Deutschland ein Ende zu bereiten. Wir müssen das tun, auch wenn unsere Arbeit vorerst nur einem Teil Deutschlands zugute kommt. Denn, meine Damen und Herren, einmal muß ein Anfang gemacht werden, und einmal muß Schluß sein mit dem ewigen Weiterwursteln und Auseinanderfallen.

Wir gehen an unsere Arbeit in der festen und unerschütterlichen Absicht, auf diesem Wege wieder zur Einheit von ganz Deutschland, der Einheit, die unser Ziel ist und unser Ziel bleibt, zu gelangen. Welche Ergebnisse unsere Arbeit für ganz Deutschland haben wird, das hängt von Faktoren ab, auf die wir nicht einwirken können. Trotzdem wollen wir die historische Aufgabe, die uns gestellt ist — und es ist in Wahrheit nach diesem Zusammenbruch des Jahres 1945 eine historische Stunde und eine historische Aufgabe —, unter Gottes Schutz mit dem ganzen Ernst und mit dem ganzen Pflichtgefühl zu lösen versuchen, die die Größe dieser Aufgabe von uns verlangt.

(Bravorufe.)

Meine Damen und Herren! Wir fahren in der Tagesordnung fort.

(Abg. Paul: Ich bitte ums Wort zu einer Erklärung!)

— Ich bedaure. Wollen Sie zur Geschäftsordnung das Wort?

(Abg. Paul: Ich möchte eine Erklärung im Namen der Kommunistischen Partei abgeben.)

— Wir müssen jetzt die Tagesordnung erledigen. Ich stelle Ihnen anheim, am Schluß der Tagesordnung eine Erklärung abzugeben.

(Abg. Paul: Einverstanden!)

Meine Damen und Herren! Wir müssen zunächst nach einer interfraktionellen Vereinbarung einen Ältestenrat wählen, damit wir uns über den Fortgang der Arbeiten, über die Einsetzung der nötigen Kommissionen schlüssig werden können. Es ist weiter nötig, daß wir sobald wie möglich einen Geschäftsausschuß wählen. In diesem Geschäftsausschuß sollen nach der Meinung, die innerhalb der interfraktionellen Besprechungen laut geworden ist, alle politischen Parteien wenigstens mit einem Mitglied vertreten sein, die größten Fraktionen natürlich entsprechend stärker. Ich glaube, wir sollten es bei unserer ersten Sitzung, damit das Schiff in Fahrt kommt, mit den Formalitäten nicht so genau nehmen.

(Abg. Reimann: Es hat aber einen verflucht schlechten Steuermann!)

— Warten Sie mal ab, Herr Reimann!

(Heiterkeit.)

Wir sollten es, sage ich, nicht so genau nehmen, sondern es den Fraktionen überlassen, die Namen der

Mitglieder, die sie in den Geschäftsausschuß entsenden wollen, dem Präsidium mitzuteilen.

(Sehr richtig!)

Damit sind Sie also einverstanden.

Nun kämen wir noch zur Einsetzung des Ältestenrats. Ich schlage Ihnen da vor, daß zunächst bis auf weiteres dasselbe Gremium, das die interfraktionelle Besprechung heute morgen abhielt, zusammentritt. Wir werden uns darüber noch verständigen und werden uns verständigen auch über den Umfang des Geschäftsausschusses.

Ehe ich mehreren Herren, die sich zum Wort gemeldet haben, das Wort gebe, schlage ich in Übereinstimmung mit der interfraktionellen Vereinbarung weiter vor, die nächste Sitzung unseres Parlamentarischen Rates in der nächsten Woche abzuhalten. Der genaue Termin wird noch mitgeteilt werden. Wir müssen uns über ihn noch verständigen.

Ich schlage Ihnen weiter vor, daß die Fraktionen in ihren Fraktionszimmern zusammenbleiben, damit das Ergebnis der Besprechungen im interfraktionellen Ausschuß ohne weiteres mit den Fraktionen verhandelt und ihre Zustimmung eingeholt werden kann. Ich stelle fest, daß Sie auch damit einverstanden sind.

Dann erteile ich zunächst Herrn Löbe das Wort.

Abg. LÖBE (SPD) [mit Beifall begrüßt]: Sehr geehrte Abgeordnete! In diesem Augenblick will ich die Verhandlungen des Parlamentarischen Rates nicht aufhalten. Aber es drängt mich doch, Ihnen Dank zu sagen für den Entschluß, den Sie mit Annahme des Antrags Schmid bekundet haben, und dem Herrn Präsidenten Dank zu sagen, daß er uns aufforderte, in Ihren Reihen Platz zu nehmen. Ich darf diesen Dank aussprechen im Namen der hier anwesenden Delegation, die die drei demokratischen Parteien der Berliner Stadtverordnetenversammlung umfaßt, eine Delegation, die nicht ohne Mühe zustande gekommen ist, wovon Sie vielleicht Kenntnis erlangt haben. Ich darf ihn aber auch aussprechen im Namen einer ganz erdrückenden Mehrheit der Berliner Bevölkerung.

(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Seien Sie versichert: Wenn dieser Ihr Beschluß heute abend in Tausenden von Radios in Berlin gehört wird, so werden es wenige sein, die daraus ein Recht auf die Beschuldigung der Spaltung herleiten werden. Im Gegenteil, sie werden es als eine Bekundung der Solidarität des westlichen Deutschlands mit dem Osten ansehen. Wenn wir nunmehr Gelegenheit haben, Ihre Ansichten zu erfahren, unsere Wünsche und unsere Kenntnis Ihnen zu übermitteln, dann werden Sie bald die Überzeugung gewinnen, wir Berliner Delegierten werden nichts anderes tun, als die Stimmen derjenigen ihrer Landsleute zu erheben, die heute nicht die Freiheit haben, es selber zu tun. Das sehen wir als unsere Aufgabe an. Wir danken Ihnen, daß Sie es uns ermöglichen wollen.

(Lebhafter Beifall.)

PRÄSIDENT Dr. ADENAUER: Das Wort zu einer Erklärung hat der Herr Abg. Paul.

Abg. PAUL (KPD): Meine Damen und Herren! Sie haben beschlossen, daß hier Vertreter Berlins, und zwar der drei demokratischen Parteien Berlins, CDU, SPD und LDP, aufgenommen werden sollen. Sie haben damit einen Akt vollzogen, der sich nicht günstig für die Regelung der Berliner und auch der Deutschlandfrage auswirken wird.

(Zuruf: Woher wissen Sie das, Herr Paul?)

— Die Entwicklung wird das beweisen. Sie haben sich damit eindeutig und klar für die Bildung eines westdeutschen Staates und nicht für die Einigung über ein einheitliches Deutschland ausgesprochen.

(Lebhafter Widerspruch und Zuruf: Welche Logik!)

Paul

Im Namen der Kommunistischen Partei möchte ich in Anbetracht dieser Lage folgende Erklärung abgeben: Nachdem Sie, meine Damen und Herren, gegen unsere Stimmen unseren Antrag auf Einstellung der Beratungen über eine westdeutsche Verfassung abgelehnt haben und damit dokumentieren, daß Sie die Verhandlungen der vier Besatzungsmächte über eine einheitliche deutsche demokratische Republik stören, für die Bildung eines westdeutschen Staates eintreten und somit unsere deutsche Heimat zerreißen, erklären wir Vertreter der Kommunistischen Partei: Die Kommunistische Partei Deutschlands wird in diesem Gremium in Verbindung mit der gesamten deutschen werktätigen Bevölkerung für die **Einheit** unseres Vaterlandes und für eine einheitliche demokratische deutsche Republik weiterkämpfen.

(Unruhe und Lachen.)

Unsere Grundlage in diesem Kampf bilden die Richtlinien einer gesamtdeutschen Verfassung, wie sie der Verfassungsausschuß des Deutschen Volkstrates ausgearbeitet hat.

(Zuruf: Oho!)

In dieser für unsere Nation so schicksalschweren Stunde rufen wir die gesamte werktätige Bevölkerung in Stadt und Land zu, sich zu einer einheitlichen nationalen Front für eine einheitliche deutsche demokratische Republik und gegen die Spalter Deutschlands zusammenzuschließen.

(Zurufe und Lachen.)

PRÄSIDENT Dr. ADENAUER: Meine Damen und Herren, das Wort wird weiter nicht gewünscht. Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung um 16 Uhr 10 Minuten.)

Berichtigung: Auf Seite 2, Spalte 1, Zeile 34 ist hinter „Für das Land Niedersachsen:“ noch einzufügen: „Herr Dr. Georg Diedrichs, Herr Dr. Otto Greve.“